

Antworten der FDP zu den Fragen der Brandenburgischen Studierendenvertretung (BrandStuVe) auf Basis des Wahlprogrammes für die Landtagswahlen in Brandenburg 2004

Zu Frage 1

Exzellente Produkte und Dienstleistungen sind Voraussetzung für die Brandenburger Wirtschaft, um Wachstum und Beschäftigung schaffen zu können. Diese Produkte und Dienstleistungen entstehen durch bestens ausgebildete Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler. Dazu sind hervorragende wissenschaftliche Einrichtungen, Hochschulen und Forschungsinstitute notwendig, denn dort können weltweit anerkannte Kapazitäten herausragende Arbeitsbedingungen finden und junge Menschen durch diese ausgebildet werden. Daher braucht die Region Berlin-Brandenburg eine einzigartige Forschungs- und Wissenschaftslandschaft. Nicht nur der volkswirtschaftliche Nutzen der Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen ist von Bedeutung. Es geht auch um Bildung junger Menschen in Brandenburg, um das Nachdenken über die Perspektiven der Region usw.

Die Region Berlin/Brandenburg muss als unabhängige, wettbewerblich orientierte, profilierte und international anerkannte Wissenschaftslandschaft von beiden Ländern gemeinsam fortentwickelt werden. Die massiven und mit Brandenburg nicht koordinierten Sparbeschlüsse des Landes Berlin haben die Hochschullandschaft schwer getroffen.

Zukünftig muss die Hochschulentwicklungsplanung beider Länder in einer gemeinsamen Kommission koordiniert werden. Es muss nicht jede Hochschule jeden Studiengang anbieten, aber es darf nicht sein, dass in der Region Berlin/Brandenburg ganze Fachbereiche nicht mehr existieren. Die Hochschulregion Berlin/Brandenburg muss Schwerpunkte bilden, bei denen auf exzellente Studiengänge abgestellt wird. Diese sind regelmäßig in- und extern zu evaluieren.

Nicht zuletzt bilden private Hochschulen eine wichtige Ergänzung zur brandenburgischen Wissenslandschaft. Eine Landesregierung mit FDP-Beteiligung wird sich für die Erleichterung von Genehmigungsverfahren für private Gründungen stark machen.

Brandenburg braucht eine Wissenschaftselite! Dazu ist es erforderlich, dass Hochbegabte auch entsprechend gefördert werden. Aus diesem Grund will die FDP Brandenburg einen Stiftungsfonds – eine Partnerschaft zwischen der Wirtschaft und dem Land – ins Leben rufen.

Weiterhin sprechen wir uns für eine Förderung der Europäischen Kooperation in Wissenschaft und Forschung nach dem Muster der Wissenschaftskollegs Berlin und Budapest aus. Daher muss auch das Mobilitätsprogramm für Wissenschaftler (Marie-Curie-Programm) weiter ausgebaut werden. Außerdem unterstützt die FDP Brandenburg die Errichtung eines europäischen Kulturinstitutes in unserem Bundesland sowie die Umwandlung der Europa-Universität Viadrina in eine deutsch-französisch-polnische Stiftungsuniversität.

Zu Frage 2, 3 und 4

Keine Angabe

Zu Frage 5

Ausgaben für Bildung etc. als Investitionsmittel zu deklarieren, löst keine Haushaltsprobleme und wird daher mittelfristig auch keine zusätzlichen Mittel für diese Aufgaben verfügbar machen. An einer seriösen Finanzpolitik führt kein Weg vorbei.

Zu Frage 6 und 7

Das Land Brandenburg gibt im Vergleich zu allen anderen Bundesländern am wenigsten für die Hochschulen und wissenschaftliche Forschungseinrichtungen pro Kopf der Bevölkerung aus. Die FDP Brandenburg fordert, der Entwicklung von Wissenschaft und Forschung eine deutlich höhere Priorität einzuräumen:

Grundsätzlich muss der Plafond für Wissenschaft und Forschung in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes ausgeweitet werden. Kurzfristig fordert die FDP Brandenburg das Einrichten eines Sonderfonds für Berufungen und Bleibeverhandlungen mit herausragenden Wissenschaftlern.

Ferner können Studiengebühren, deren Aufkommen nicht auf die Landesmittel für die Hochschulen angerechnet wird, zu einer Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Hochschulen beitragen.

Die FDP Brandenburg setzt sich dafür ein, dass sich der Bund nicht einseitig aus seiner Verantwortung für die Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen verabschiedet:

Die Absenkung der Mittel für den kofinanzierten Hochschulbau durch den Bund ist nicht hinnehmbar. Hochschulbau muss weiterhin gemeinsame Bundes- und Landesaufgabe bleiben.

Darüber hinaus fordert die FDP Brandenburg, die Möglichkeiten zur Einwerbung privater Mittel für Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen zu verbessern. So darf das Hochschulsponsoring nicht an bürokratischen Hemmnissen scheitern. Dazu wird sich die FDP beim Bund für eine Novellierung des Stiftungsrechtes einsetzen, um z.B. das sog. „Endowmentverbot“ (Stiftungen dürfen aus Stiftungskapital keine Stiftungen gründen) abzuschaffen. Dies würde gerade für Ostdeutschland zusätzliche Stiftungsgründungen ermöglichen. Die Unternehmen sollen ermutigt werden, Stiftungsprofessuren zu vergeben. Drittmittel und Spenden dürfen nicht auf die Grundausstattung angerechnet werden.

Zu Frage 8

Da es sich bei Bibliotheken um zentrale Einrichtungen der Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen handelt, muss deren Funktionsfähigkeit gewährleistet sein. Daher werden sich die Liberalen für eine dementsprechende finanzielle Ausstattung einsetzen.

Zu Frage 9

Alle Studierenden müssen unabhängig von der Einkommenssituation ihrer Eltern in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt angemessen zu bestreiten. Wesentlich hierzu ist die grundlegende Reformierung des bestehenden BAFöG-Systems, für die sich die FDP Brandenburg auf Bundesebene einsetzt.

Zu Frage 10

Liberaler Bildungspolitik setzt auf Chancengleichheit, aber nicht auf Ergebnisgleichheit. So brauchen beispielsweise Studierende und Lehrende mit Kindern hochschulnahe Einrichtungen zur Kinderbetreuung, damit sie gleiche Studien- und Forschungsmöglichkeiten haben.

Die FDP Brandenburg fordert eine deutliche Verbesserung der Studienförderung durch Stipendien. Die brandenburgischen Hochschulen sollten durch Voll- oder Teilstipendien ca. 15-20 % ihrer Studierenden von Studiengebühren befreien können. Dazu sind massive Anstrengungen des Landes, der Hochschulen, der Wirtschaft und privater Stiftungen notwendig.

Zu Frage 11

Keine Angabe

Zu Frage 12

Die FDP setzt sich grundsätzlich für die Einführung von Studiengebühren ein. Deren Aufkommen darf nicht auf die Landesmittel für die Hochschulen angerechnet werden, um so zu einer Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Hochschulen beizutragen.

Ferner soll nach Auffassung der FDP das Land Brandenburg an „seine“ Abiturienten Bildungsgutscheine ausreichen, die diese bei der Hochschule ihrer Wahl – in Brandenburg oder anderswo - einlösen können. Der finanzielle Gegenwert der Bildungsgutscheine sichert die Finanzierung der Hochschulen. So entsteht Wettbewerb der Hochschulen um die Studierenden, denn wer viele Studierende anzieht, erhält auch mehr Mittel. Auch sind die Studierenden stärker als bisher gefordert. Da ihr Bildungsguthaben begrenzt ist, werden für sie Anreize geschaffen, ihr Studium effizienter zu organisieren und ihr Budget optimal einzusetzen.

Zu Frage 13

Entgelte und Gebühren für Sonderleistungen sind nicht grundsätzlich abzulehnen.

Zu Frage 14

Die FDP Brandenburg setzt sich dafür ein, dass sich der Bund nicht einseitig aus seiner Verantwortung für die Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen verabschiedet.

Insbesondere ist die Absenkung der Mittel für den kofinanzierten Hochschulbau durch den Bund nicht hinnehmbar. Hochschulbau muss weiterhin gemeinsame Bundes- und Landesaufgabe bleiben, da insbesondere Brandenburg nicht in der Lage ist, diese Aufgabe aus eigenen Steuerquellen zu finanzieren.

Grundsätzlich muss die Wissenschafts- und Forschungspolitik Ländersache bleiben. Vor diesem Hintergrund begrüßen Liberale eine weitere Vereinfachung und Reduktion des Hochschulrahmengesetzes. Auf Bundes- und europäischer Ebene sind vor allem die Regeln für die Forschungs- und Wissenschaftspolitik zu setzen. Die grundsätzlichen Strukturentscheidungen müssen auf Landesebene fallen. Die Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen selbst können dann in größtmöglicher Autonomie ihre Entwicklung in die Hand nehmen.

Zu Frage 15 und 16

Keine Angabe

Zu Frage 17, 18 und 30

Das Modell von Bildungsgutscheinen muss so gestaltet werden, dass die Studierenden die Möglichkeit haben, die durch das „Bildungsguthaben“ begrenzten Dienstleistungen ihrer Hochschule über einen von ihnen selbst bestimmten Zeitraum in Anspruch nehmen zu können.

Was die Anpassung der Anforderungen der Hochschulen an die Lebenswirklichkeit von Studierenden und Lehrenden mit Kindern betrifft, ist an dieser Stelle noch ein Punkt zu ergänzen: Studierende und Lehrende mit Kindern brauchen hochschulnahe Einrichtungen zur Kinderbetreuung, damit sie gleiche Leistungschancen haben.

Zu Frage 19

Um die Attraktivität für ausländische Studierende zu erhöhen, soll in Brandenburg die flächendeckende Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen schon vor 2010 abgeschlossen sein. Gleichzeitig muss das Europäische Kreditpunktesystem an allen brandenburgischen Hochschulen umgesetzt werden.

Zu Frage 20 und 21

Keine Angabe

Zu Frage 22 und 24

Im Gegenzug zur Selbstauswahl der Studierenden durch Bildungsgutscheine sollen zukünftig die Hochschulen ihre Studierenden durch Eingangstests auswählen. Die FDP in der Landesregierung wird den Staatsvertrag über die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze (ZVS) unverzüglich kündigen.

Zu Frage 23

Keine Angabe

Zu Frage 25 und 26

Das Landeshochschulgesetz muss entrümpelt und auf Kernbereiche zurückgeführt werden. Dabei soll der Grundsatz gelten: was die Hochschulen in eigener Regie entscheiden können, darin soll sich der Staat nicht einmischen. Die FDP Brandenburg will eine autonome Hochschule, die über ihre Angelegenheiten selbst entscheidet.

Neben der „Entfesselung“ der Anbieter von Hochschulbildung muss auch die Nachfrageseite deutlich gestärkt werden. Dazu gehört die Einführung von Studiengebühren sowie die Einführung von Bildungsgutscheinen, die den Wettbewerb zwischen den Hochschulen fördern.

Um den Hochschulen im Rahmen des geltenden Rechts sofort zu helfen, müssen die leistungshemmenden Elemente des aktuellen Mittelverteilungsmodells modifiziert werden.

Zu Frage 27

Noch immer ist der Anteil von Frauen in den wissenschaftlichen Einrichtungen zu gering. Daher fordert die brandenburgische FDP eine deutlich verstärkte Frauenförderung im Wissenschaftsbereich, die an Leistungskriterien ausgerichtet ist. Die FDP Brandenburg spricht sich für ein Sonderprogramm des Landes, analog zum Emmy-Noether-Programm der Deutschen Forschungsgemeinschaft, speziell für Frauen in akademischen Bereichen aus. Dabei soll neben einem Auslandsaufenthalt die selbständige Leitung einer Forschungsgruppe eingeschlossen sein.

Zu Frage 28 und 29

Keine Angabe

Gez. Dr. Stefan Berndes
Vorsitzender des Landesfachausschusses
für Wissenschaft und Forschung
FDP Brandenburg